

# Kein Inflationsausgleich während 15 Monaten



Während der gestrigen Zusammenkunft zwischen der Regierung, den Gewerkschaften OGBL, LCGB und CGFP und den Kapitalvertretern der UEL. (Foto: SIP)

Weniger als eine Stunde dauerte am Freitag das Gespräch zwischen der Regierung, den drei Gewerkschaften OGBL, LCGB und CGFP und den Kapitalvertretern der UEL, bei welchem es um den Index ging.

Heraus kam, dass die Regierungskoalition von LSAP, DP und Déi Gréng das manipulierte Indexgesetz, das am 26. Januar 2012 von den Abgeordneten von CSV, LSAP, DP und Déi Gréng gutgeheißen wurde, nicht über den 31. Dezember 2014 hinaus verlängern, sondern bis auf weiteres zur automatischen Anpassung der Löhne an die Inflation zurückkehren will.

Im manipulierten Gesetz war festgehalten, dass unabhängig vom Erfall einer Index-

tranche, die Löhne und Renten während der Jahre 2012, 2013 und 2014 jeweils erst zum 1. Oktober um 2,5 Prozent an die Inflation angepasst würden.

Das hatte zur Folge, dass das Kapital innerhalb von zwei Jahren mehr als 450 Millionen Euro an Lohngeldern einsparte, der Staat knapp 100 Millionen Euro. Andererseits hatte der Indexklau einen entsprechenden Rückgang der Real-löhne zur Folge. Noch größer war der Rückgang der Kaufkraft, da bekanntlich auch die Renten mit einem halben Jahr Verspätung an den Erfall der Indextranchen angepasst wurden.

Die Abkehr der Regierung von der Indexmanipulation hat damit zu tun, dass die Inflation inzwischen aufgrund des

Rückgangs der Preise für Erdölprodukte stark zurückging, so dass es in diesem Jahr – anders als im manipulierten Gesetz vorgesehen – überhaupt keine Indextranche geben wird.

Während der gestrigen Zusammenkunft mit den Vertretern der Gewerkschaften und des Kapitals machte die Regierung allerdings erneut deutlich, dass sie, sollte die Inflation erneut ansteigen und mehr als eine Indextranche im Jahr erfallen, mit den »lieben Sozialpartnern« über Veränderungen, sprich »Modulierungen«, des Indexsystems diskutieren werde.

Die Gewerkschaftsführer waren mit den Vorschlägen der Regierung einverstanden, die Vertreter des Kapitals nicht. Sie fordern bekanntlich

die Abschaffung des Index, zumindest aber den Verzicht auf die nächste Indextranche, die allerdings erst im Frühjahr kommenden Jahres erfallen dürfte.

Bis dahin werden die Lohnabhängigen und Rentner voraussichtlich während 15 Monaten auf einen Inflationsausgleich verzichten haben. Zuvor werden aber noch die höheren Mehrwertsteuersätze in Kraft treten, so dass die Kaufkraft der Schaffenden weiter zurückgehen wird.

Kompensationsmaßnahmen, welche die Gewerkschaften noch vor nicht allzu langer Zeit für die Indexmanipulation gefordert hatten, waren gestern kein Thema mehr.